

LGBTQIA+-Rechte



→ *Gendergerechtigkeit*

Impressum

Brot für die Welt
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Telefon +49 30 65211 0
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Autor*innen Fachgruppe
Gendergerechtigkeit,
Farina Hoffmann, Tina Kleiber,
Mareike Haase, Lars Bedurke,
Helle Døssing, Martin Groß-Bickel

Redaktion Michael Billanitsch,
Farina Hoffmann

V.i.S.d.P. Dr. Jörn Grävingholt

Layout Lena Appenzeller

Art.-Nr. 129 503 300

Spenden

Brot für die Welt
Bank für Kirche und Diakonie
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Berlin, September 2025

Annex I zur Policy „Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen“¹

LGBTQIA+-Rechte

1. Kontext

Weltweit sehen wir nach Jahrzehnten der Liberalisierung verstärkt nationale Gesetzgebungen, die Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans* und intergeschlechtliche, queere, asexuelle und agender Personen (LGBTQIA+) diskriminieren und bedrohen. Solche rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen führen zu Vorurteilen, Angst und Verfolgung bis hin zu Ermordungen und hindern LGBTQIA+-Personen an der Ausübung ihrer grundlegenden Menschenrechte, darunter das Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit, Sicherheit, medizinische Versorgung, Bildung und Information, würdevolle Arbeit und Schutz vor Diskriminierung. Die Wahrung von Geschlechtergerechtigkeit ist eng mit Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe verbunden und essenziell für die Einhaltung der Menschenrechte und den Erhalt der Demokratie.

Religiöse Akteur*innen beeinflussen gesellschaftliche Normen. Sie können daher eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von emanzipatorischen Praxen bezogen auf Geschlecht, Sexualität, Familienplanung und reproduktive Gerechtigkeit spielen, tun es in vielen Fällen jedoch nicht.

Brot für die Welt setzt sich für die Förderung von Menschenrechten und Gerechtigkeit ein. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Wahrung der Menschenwürde und die Stärkung integrativer, emanzipatorischer Gesellschaften zu den Grundprinzipien christlichen Handelns gehören. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist das Recht aller auf körperliche und sexuelle Unversehrtheit und Autonomie sowie reproduktive Gerechtigkeit² für alle.

Überall auf der Welt gibt und gab es schon immer eine Vielfalt von Sexualitäten, Geschlechtsidentitäten, Lebensweisen, Familienmodellen und Geschlechtsmerkmalen. Kolonialisierung und Missionierung haben maßgeblich

dazu beigetragen, dass ein binäres, heteronormatives und patriarchales System mit Gewalt durchgesetzt wurde und wird. Dies hat zu unfassbarem Leid für queere Menschen weltweit geführt. In diesem Annex zur Gender Policy legen wir unsere Haltung zu Menschenrechten dar, die allen Menschen, unabhängig von der sexuellen Orientierung, der geschlechtlichen Identität, dem Geschlechtsausdruck und den Geschlechtsmerkmalen (SOGIESC) zustehen³. Wir bemühen uns um eine dekoloniale Herangehensweise im Umgang mit unserer kolonialen Verantwortung im Einsatz für die Rechte von LGBTQIA+-Personen weltweit sowie für sexuelle und reproduktive Rechte für alle.

2. LGBTQIA+-Rechte weltweit unter Druck

Weltweit werden die Rechte von LGBTQIA+-Menschen missachtet, z. B. durch die Kriminalisierung von einvernehmlichem gleichgeschlechtlichem Sex, sogenannte Konversionstherapien, Einschränkungen von Grundrechten wie dem auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit, medizinische Zwangseingriffe (intersex genital mutilation, Zwangssterilisation), Verbote von geschlechtsangleichenden Maßnahmen und Transitionen, Adoptionsverbote, Aufklärungsverbote, sowie Diskriminierung, Hass und Gewalt bis hin zu Ermordungen. Nur neun Länder weltweit schützen intergeschlechtliche Minderjährige vor medizinischen Eingriffen⁴ ohne vorherige, informierte Einwilligung (FPIC)⁵. Eine weitere staatliche Kriminalisierungsstrategie ist die strafrechtliche Verfolgung von LGBTQIA+-Organisationen. Darunter fallen auch die sogenannten Agentengesetze, welche neben LGBTQIA+-Gruppen auch Zivilgesellschaft insgesamt einschränken und die

1 — Profil 23: Policy Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen, Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe, 2018
<https://www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/profil23/>

2 — Reproduktive Gerechtigkeit ist ein Konzept von Schwarzen Feminist*innen, welches Gerechtigkeitsaspekte rund um sexuelle und reproduktive Rechte mit in den Blick nimmt.

3 — Das Akronym steht für die englischen Worte *Sexual Orientation, Gender Identity and Expression and Sexual Characteristics*

4 — <https://database.ilga.org/interventions-intersex-minors>

5 — Das Akronym steht für die englische Bezeichnung *Free Prior and Informed Consent*

LGBTQIA+-Bewegung sogar teilweise als extremistisch einstufen. In Polen, Italien und anderen europäischen Ländern wird versucht, die Rechte von queeren Menschen einzuschränken. Auch das Recht auf Information in Form von altersgerechter schulischer Sexualaufklärung, inklusive der diskriminierungsfreien Erwähnung von SOGIESC, wird in vielen Ländern eingeschränkt. Deutschland hat sich lange Zeit schwergetan, Gesetze einzuführen, die queere Menschen gleichstellen. Gleichzeitig werden in Deutschland queere Menschen zunehmend massiv bedroht.

Derzeit ist neben einem jahrzehntelangen Trend zur Entkriminalisierung von LGBTQIA+-Menschen und Öffnung der Ehe auch eine erneute Tendenz hin zu gesetzlichen Verschärfungen der Diskriminierungen wahrzunehmen. Im Irak, Indonesien und Uganda wurden zuletzt Strafen für einvernehmlichen gleichgeschlechtlichen Sex eingeführt bzw. verschärft. Insbesondere der 2023 in Uganda verabschiedete Anti-Homosexuality Act stellt eine äußerst restriktive Gesetzgebung dar, welcher bereits „vermutete“ Homosexualität kriminalisiert, Mitwissende zur Denunziation zwingt und damit auch den Einsatz für die Rechte von LGBTQIA+-Menschen strafbar macht und schwere Strafen vorsieht. In den Parlamenten zahlreicher Länder werden kriminalisierende Gesetze diskutiert bzw. sind bereits in Bearbeitung. In einigen Ländern konnte die Zivilgesellschaft nur über Gerichtsurteile erwirken, dass homosexuelle Handlungen entkriminalisiert wurden. Beispiele hierfür sind Botswana, Indien, Namibia und Nepal. Mit dem globalen Erstarken fundamentalistischer Bewegungen und Rechtsradikaler sind LGBTQIA+-Rechte zunehmend in Gefahr und steigende queerfeindliche Gewalttaten zu verzeichnen. Gerade in Europa ist dieser beunruhigende Trend zu beobachten.

Besonders die Stigmatisierung von LGBTQIA+-Personen durch Politiker*innen, Journalist*innen und Vertreter*innen von Religionen schafft ein Umfeld, in dem Diskriminierung und Gewalt eine breite gesellschaftliche Akzeptanz erhalten. Widerstand wird hart bestraft und somit leben Betroffene in einem Klima der Angst, Ächtung und Gefährdung. Homosexualität wird beispielsweise von homofeindlichen Akteur*innen in einen engen, fast kausalen Zusammenhang mit Kindesmissbrauch gestellt. Die Unterscheidung zwischen einvernehmlichen homosexuellen Handlungen unter Erwachsenen einerseits und sexualisierter Gewalt und

Pädophilie andererseits wird bewusst verwischt, um Ablehnung gegen LGBTQIA+-Menschen und deren Rechten zu erzeugen.

Zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume verkleinern sich drastisch (shrinking space): Menschenrechtsverteidiger*innen, die sich für sexuelle und reproduktive Rechte und die Menschenrechte von LGBTQIA+ einsetzen, werden verfolgt und ermordet. In manchen Ländern wird ihnen ein Aufdrängen sogenannter westlicher Werte und eine koloniale Haltung vorgeworfen, mit dem angeblichen Ziel, Homosexualität „zu propagieren“. Dies findet auch in historischen und theologischen Diskursen Wiederhall: Einige Kirchen heißen die vielfache Ächtung von vielfältigen, gleichgeschlechtlichen Lebensweisen gut. Die Ablehnung und Bekämpfung einer queeren und nicht-binären Geschlechterordnung im Zuge der Kolonial- und Missionsgeschichte und die kolonialen Ursprünge von Gesetzgebungen, die einvernehmliche gleichgeschlechtliche Handlungen verbieten, werden ausgeblendet.

Manche Kirchenleitungen engagieren sich, in Einheit mit anderen religiösen Autoritäten, gegen die Anerkennung von Menschenrechten unabhängig von SOGIESC und für diskriminierende und kriminalisierende Gesetze, begründet durch biblische und andere religiöse Texte. Vor allem aus Europa, den USA und Russland finanzierte und dort beheimatete rechte Bewegungen, die oft eng mit neopentekostalen und fundamentalistischen christlichen Bewegungen verbunden sind, orchestrieren weltweit Kampagnen gegen queere Menschen. Die Beibehaltung der kolonialen Gesetze wird als Zeichen des Widerstands gegen den Globalen Norden dargestellt. Die Kürzung von internationalen Finanzmitteln wird dabei bewusst in Kauf genommen.

3. Was uns leitet

Wir bekennen uns dazu, dass die Menschenrechte universell gelten und geschützt werden müssen. Dies gilt unabhängig von sexueller Orientierung, Geschlechtsausdruck, geschlechtlicher Identität und Geschlechtsmerkmalen sowie im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsstandards, einschließlich der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte. Wir stellen uns gegen kulturelle oder religiöse Praxen, die körperliche Integrität und Autonomie einschränken. Wir

fordern Regierungen weltweit auf, diskriminierende Gesetze aufzuheben, sexuelle und reproduktive Rechte für alle zu gewährleisten und die Yogyakarta Prinzipien⁶ in Gesetze zu überführen.

Die Arbeit von Brot für die Welt basiert auf der Grundüberzeugung, dass alle Menschen nach dem Ebenbild Gottes geschaffen, frei und gleich an Würde geboren wurden. Die Zuwendung in Liebe ist bedingungslos und menschenfreundlich und in erster Reihe stehen die am meisten Notleidenden und Marginalisierten – LGBTQIA+-Menschen zählen dazu. Eine Reihe von Bibelziten und Auslegungen in zentralen Dokumenten von Brot für die Welt halten diese theologische Überzeugung fest, u. a.:

- „Alles, was ihr tut mit Worten oder mit Werken, das tut alles im Namen Jesu Christi.“ (Kol 3,17) Als Werk der Evangelischen Kirche teilen wir die Grundüberzeugung christlicher Tradition, dass Glauben, Leben und Handeln eine Einheit bilden. Unser Auftrag besteht darin, Zeugnis, Zeichen und Werkzeug für Gottes bedingungslose Liebe zur gesamten Schöpfung und insbesondere zu armen und marginalisierten Menschen zu sein und so dazu beizutragen, dass sie ihr Leben als ein Leben in Würde erfahren. Denn in ihnen begegnet uns Jesus Christus selbst (Mt 25,40). Dem entspricht ein Verhalten, das diesen Auftrag bejaht, indem es die Würde anderer unbedingt anerkennt und schützt. (Brot für die Welt Verhaltenskodex)
- Jeder Mensch ist von Gott gewollt und geliebt, ist auf einzigartige Weise nach dem Abbild Gottes geschaffen und ist daher mit unzerstörbarem Wert und Würde ausgestattet (in Anlehnung an Gen 1,26).⁷
- Auf der Basis des christlichen Selbstverständnisses ist die Wertschätzung der Einzigartigkeit und der Gleichheit aller Menschen (in Anlehnung an Gal 3,28) und der Würde jedes Menschen handlungsleitend. (EWDE Diversity Konzept)

Das theologische Selbstverständnis von Brot für die Welt, ganz im Sinne der biblischen Botschaft und der unbedingten Option für die Armen, sieht arme und marginalisierte Menschen nicht als machtlose und ausschließlich rechtlose Empfänger*innen von Hilfe, sondern als Akteur*innen, die an einer gerechten und zukunftsfähigen Welt mitwirken. Brot für die Welt ist sich bewusst, dass viele Kirchen queeren Menschen die Gottebenbildlichkeit absprechen oder in Frage stellen. Wir sind uns auch bewusst, dass durch Mission und Kolonialismus ein eurozentrisches, zeit- und kulturgeprägtes Menschenbild zur alleinigen und weltweiten Norm erhoben wurde. Die Vielfalt geschlechtlicher Optionen wurde in vielen Gesellschaften auch durch die christliche Mission mit massiver Gewalt bekämpft, unterdrückt und aus dem Gedächtnis der Menschen gelöscht. Dies führt uns als deutsche, christliche und europäische Organisation zu der Überzeugung, dass es Teil unseres dekolonialen Anspruchs sein muss, behutsam, dialogisch und respektvoll die Würde queerer Menschen weltweit zu verteidigen und die Wunden kolonialer Verbrechen und kolonialer Kontinuitäten zu heilen.

Brot für die Welt gestaltet und setzt seinen menschenrechtsbasierten Ansatz für LGBTQIA+-Rechte sowie sexuelle und reproduktive Rechte auch über seine Mitgliedschaften in unterschiedlichen Netzwerken um. Als Mitglied der ACT Alliance ist ein Kernziel patriarchale Machtstrukturen glaubensbasiert zu überwinden.⁸ Der Ökumenische Rat der Kirchen bildet Unterschiedlichkeiten in den Positionen der Mitgliedskirchen ab, ruft aber mit dem Dokument „Conversations on the Pilgrim Way“⁹ dazu auf, sich den schwierigen Dialogen zu stellen. Seit einem Jahrzehnt setzt sich das Global Interfaith Network for People of all Sexes, Sexual Orientations, Gender Identities and Expressions (GIN SSOGIE) für den interreligiösen Dialog zu LGBTQIA+-Menschenrechten ein.¹⁰

6 — Anwendung der Menschenrechte in Bezug auf sexuelle Orientierung, geschlechtliche Identität und Geschlechtsmerkmale <https://yogyakartaprinciples.org/>

7 — https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/60_Jahre/Dossier_Schwerpunkt_Heft_02.pdf

8 — <https://actalliance.org/gender-justice/>

9 — <https://oikoumene.org/resources/publications/conversations-on-the-pilgrim-way>

10 — <https://gin-ssogie.org/>

4. Orientierung für die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen

Brot für die Welt basiert seine Förderarbeit und Zusammenarbeit mit Partner*innen auf die grundlegenden Werte universeller Menschenrechte und Prinzipien, wie z. B. der Agenda 2030 und dem dort enthaltenen Prinzip „Niemanden zurückzulassen“.¹¹ Keine*r darf auf Grund von Geschlecht, Religion oder sexueller Orientierung zurückgelassen oder diskriminiert werden. Queeren Menschen darf ihr Recht auf Religionsausübung durch Diskriminierung nicht verwehrt werden. Auch dies ist konkret im Verhaltenskodex, einer verbindlichen Anlage zum Kooperationsvertrag mit Partnerorganisationen, festgehalten, der u. a. die Grundsätze von Unantastbarkeit der Würde aller Menschen, Schutz der Menschenrechte, Achtung der Vielfalt von Religionen, Weltanschauungen und Kulturen, Partizipation und Inklusion umfasst.

Brot für die Welt unterstützt die wichtige Arbeit vieler Akteur*innen aus dem Partner*innenumfeld, die sich innerhalb von christlichen Gemeinden explizit gegen LGBTQIA+-Feindlichkeit und für eine vielfältige Glaubenspraxis einsetzen. Der besonderen Verantwortung der Kirchen nehmen sich auch Partner von uns an. Sie initiieren moderierte Dialoge zwischen Kirchenräten und LGBTQIA+-Zivilgesellschaft. Die Dialoge widmen sich theologischer Arbeit zur Rolle von LGBTQIA+-Menschen im biblischen Kontext, Umgang mit queeren Menschen und Diskriminierung in den Gemeinden und stoßen einen Weg der Versöhnung und Achtung der Würde aller Menschen an.

Wir fördern und bestärken aktiv einen offenen und respektvollen Dialog mit Regierungen, religiösen Führungspersonen, Organisationen der Zivilgesellschaft, LGBTQIA+ geführten Organisationen und Kirchengemeinden sowie lokalen Gemeinschaften. Der Dialog soll Vorurteile abbauen, Gewalt entgegentreten, Missverständnisse ausräumen, Anerkennung und das Ende der Diskriminierung von LGBTQIA+-Personen fördern sowie

sexuelle und reproduktive Gerechtigkeit für alle gewährleisten. Wir bemühen uns um konstruktive Gespräche, die unser koloniales Erbe reflektieren.

Brot für die Welt befürwortet Politiken und Strategien der Bundesregierung, inklusive des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Auswärtigen Amtes (AA), die explizit auf die Marginalisierung von LGBTQIA+-Menschen eingehen und die Notwendigkeit unterstreichen, diese zu empowern und zu fördern (z. B. LSBTI Inklusionskonzept, Feministische Entwicklungspolitik, BMZ 2023¹², und BMZ-Afrikastrategie, 2023¹³).

4.1. Finanzielle oder personelle Zusammenarbeit mit Partner*innen mit ablehnender/diskriminierender Haltung gegenüber LGBTQIA+-Menschen

Wenn wir in der Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen feststellen, dass deren Vertreter*innen in der Öffentlichkeit oder in der konkreten Zusammenarbeit Meinungen und Werte vertreten, die nicht mit den oben genannten Werten von Brot für die Welt vereinbar sind, gehen wir in einen Dialog mit der Leitung der Partnerorganisation und versuchen, eine gemeinsame Basis zu erarbeiten. Der Dialog kann im vertraulichen Raum geschehen, mit Beteiligung lokaler und regionaler Expert*innen zu Dialogformaten zu LGBTQIA+-Rechten in christlichen Umfeldern. Er orientiert sich an einer dekolonialen Praxis. Hierbei bauen wir auf der wichtigen Arbeit von feministischen Theolog*innen und christlichen sowie säkularen LGBTQIA+-Netzwerken auf, welche diese Dialoge schon seit Jahrzehnten suchen und gestalten. Wir nutzen unsere Beratungsgremien, wie zum Beispiel die Global Reference Group, um diesen Dialog kritisch und eng an unser Partnerverständnis geknüpft vorzubereiten.

Sollte es trotz Dialog nicht möglich sein, gemeinsame Werte und Vorgehensweisen zur Achtung der Würde von LGBTQIA+ zu identifizieren, wird die Partnerschaft vorerst nicht eingegangen bzw. beendet, ggf. auch abgebrochen. Brot für die Welt kann und wird keine Organisation

11 — <https://unsdg.un.org/2030-agenda/universal-values/leave-no-one-behind>

12 — Feministische Entwicklungspolitik, BMZ 2023

13 — Gemeinsam mit Afrika Zukunft gestalten, Afrika-Strategie BMZ 2023

oder Aktivitäten fördern, die zur Diskriminierung, Stigmatisierung und Verfolgung von LGBTQIA+-Personen aufrufen oder aktiv beitragen.

4.2. Förderung lokaler Akteur*innen, die sich für die Würde und Rechte von LGBTQIA+-Menschen einsetzen

Brot für die Welt fördert aktiv lokale LGBTQIA+-geführte kirchliche und andere zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für sexuelle und reproduktive Gerechtigkeit und die Menschenwürde von LGBTQIA+-Menschen einsetzen. Dabei kann es um Lobby- und Advocacyarbeit auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene, um Empowerment und Selbstorganisation, um Förderung von menschenrechtsbasierten Dialogprozessen, um Ausbildung und Curricula-Entwicklung oder um rechtliche oder psychosoziale Beratung und Unterstützung gehen. Hierbei arbeitet Brot für die Welt zusammen mit Organisationen oder Netzwerken, die ähnliche Ziele verfolgen. Die Förderung von lokalen Akteur*innen, die aus dem Kontext heraus Veränderungsprozesse gesellschaftlicher und politischer Natur anstoßen können, ist häufig effektiver als Ansätze aus dem Globalen Norden, die als ein Ausdruck von westlicher Dominanz und ungleichen Machtverhältnissen wahrgenommen werden können. Kirchliche Akteur*innen, die in vielen Regionen nah an den Menschen sind, sehen wir dabei als besonders relevant an.

5. Aufruf und Einladung

Mit diesem Annex bekräftigen wir unseren menschenrechtsbasierten Einsatz für LGBTQIA+-Rechte, sexuelle und reproduktive Rechte und laden unsere Partnerorganisationen sowie weitere christliche Akteur*innen ein, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen.

Brot für die Welt
Evangelisches Werk für
Diakonie und Entwicklung e. V.

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Telefon +49 30 65211 0
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de